

Förderung von Kindern und Jugendlichen nach dem Lockdown

Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages (436. Sitzung am 27. April 2021 per Videokonferenz)

1. Das Präsidium stellt fest, dass die Pandemie gravierende Auswirkungen auf die Bildung und Gesundheit sowie die psychosoziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat. Kinder und Jugendliche aus geflüchteten und zugewanderten Familien sind besonders betroffen. Bei den weiteren Entscheidungen zur Bekämpfung der Pandemie sind die Folgen für Kinder und Jugendliche zu reflektieren und in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Es bedarf dabei eines ganzheitlichen Blickes auf Kinder und Jugendliche. Der ausschließliche Fokus auf den sicheren Kita- und Schulbetrieb greift zu kurz.
2. Das Präsidium fordert Bund und Länder auf, ein Programm über 2 Mrd. Euro als ersten Schritt zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aufzulegen. Die einzelnen Maßnahmen und Programme müssen bestmöglich miteinander verzahnt werden. Die Mittel sollten kurz- und mittelfristig zur quantitativen und qualitativen Stärkung von bewährten Unterstützungsstrukturen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der Lernförderung und der Schulsozialarbeit auf kommunaler Ebene flexibel genutzt werden sowie weiteren Akteure in den Kommunen wie Integrationseinrichtungen, Stadtteilstrukturen und auch dem zivilgesellschaftlichen Engagement zur Verfügung stehen.
3. Das Präsidium nimmt die Skizze über Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des Corona-Lockdowns für Kinder und Jugendliche als Grundlage für die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema zustimmend zur Kenntnis. Die Vorschläge sollen in die bundes-, landes- und kommunalpolitische Diskussion eingespeist werden.